



BERLININFO

NR. 14

23. September 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

gute Kunde kam in dieser Woche aus meinem Wahlkreis: die Kreisstadt Bad-Neuenahr-Ahrweiler hat die Landesgartenschau 2022 zugesprochen bekommen.

Dank einer lange und gut vorbereiteten Bewerbung konnte die Kur- und Rotweinstadt einige Konkurrenten aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz hinter sich lassen. Die Anerkennung dafür gebührt Bürgermeister Guido Orthen und allen Beteiligten.

Nun folgen einige Jahre harter Arbeit und die Umsetzung von vielen Investitionen, damit wir alle gemeinsam in sechs Jahre ein bunte Landesgartenschau im Kreis Ahrweiler erleben können!

Ihre 

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Fachsprache verständlich darstellen

Ja, das wäre mal was, werden Sie denken. Aber das gibt es schon. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) beim Deutschen Bundestag überprüft seit 2009 Texte im parlamentarischen Verfahren der Gesetzgebung. Das funktioniert idealerweise so: sobald ein Gesetzentwurf den Bundestag erreicht, wird der Dienst eingebunden. Dabei geht es natürlich nur um eine sprachliche Verbesserungen, der Sinn der Texte darf sich dabei nicht verändern. Wie sinnvoll die Arbeit ist, habe ich beim Zahlungskontengesetz miterleben dürfen. Dort wurde das Anrecht auf ein Girokonto für jedermann geschaffen und viele Formulare endlich einmal so formuliert, dass sie allgemein verständlich sind. Eine tolle Arbeit, die ich gerne weiter unterstützen werde. Im Gespräch mit der Leiterin des Redaktionsstabs der GfdS im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Sibylle Hallik, konnte ich diese Fragen erörtern. In meinem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz gibt es dafür genügend Material ;-)



Ist eine Welt ohne Bargeld besser?

Das war am Donnerstag Thema bei einem parlamentarischen Frühstück des VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. Das Thema ist aktuell, denn auf europäischer Ebene werden Vorschläge mit dem Ziel erarbeitet, den Bargeldverkehr zu beschränken. Dabei ist eine Höchstgrenze von 5.000 € im Gespräch. Als Grund dafür werden genannt: die Bekämpfung von Kriminalität, Korruption, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und vor allem von Terrorismus. Wir in der Union möchten auch weiterhin am Bargeld festhalten. Der Bürger soll weiterhin die freie Entscheidung darüber haben, ob er mit Bargeld, Karte oder anderen Zahlungsmitteln bezahlt. Wir werden die Vorschläge aus Brüssel weiter kritisch begleiten.

Praktikumsbericht Christina Skopek

Politik hautnah erleben und einen Blick hinter die schönen Kulissen des Deutschen Bundestages werfen. Mit diesen Erwartungen habe ich mein Praktikum im Berliner Abgeordneten Büro von Frau Mechthild Heil begonnen. Vier Wochen lang unterstützte ich die Mitarbeiter von Frau Heil bei ihrer täglichen Arbeit und begleitete Frau Heil während der Sitzungswochen zu zahlreichen Terminen. Als Studentin der Sozial- und Rechtswissenschaften interessiere ich mich natürlich insbesondere für die politischen und rechtlichen Aspekte der parlamentarischen Arbeitsweise. Da Frau Heil Mitglied des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz und gleichzeitig die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, wurden meine Interessen optimal kombiniert und abgedeckt. In der sitzungsfreien Zeit, wenn die Abgeordneten in ihren jeweiligen Wahlkreisen sind, werden im Büro u.a. viele organisatorische Arbeiten erledigt. Zu meine Aufgaben gehörte die Bearbeitung von Bürgeranfragen, das Erstellen von Pressemitteilungen und Rechercheaufgaben. Während der Sitzungswochen haben die Abgeordneten viele Termine und Verpflichtungen, bei denen sie anwesend sein müssen. Es treffen sich die Arbeitsgruppen, die verschiedenen Ausschüsse tagen und es finden Plenardebatten statt. Ich hatte die Möglichkeit der AG-Recht und AG-Landwirtschaft beizusitzen und an einer Ausschusssitzung teilzunehmen. Neben der Arbeit im Büro der Abgeordneten, bietet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein umfangreiches Praktikantenprogramm an. Von Diskussionsrunden mit bspw. Herrn Schäuble bis zu einem Besuch beim Bundesnachrichtendienst ist alles dabei. Das Praktikum hat mir sehr viel Spaß gemacht, was vor allem auch der entspannten und herzlichen Stimmung unter den Kollegen geschuldet war. Ich habe viel gelernt und die parlamentarische Arbeitsweise aus einem neuen Blickwinkel kennengelernt. Dafür möchte ich mich bei Frau Heil und ihrem gesamten Team bedanken.



Ländliche Räume zukunftsfest machen

Um die Stärkung ländlicher Räume, durch eine starke Wirtschaft und bürgerliches Engagement, ging es im Kongress der CDU/CSU-Fraktion am Mittwochnachmittag. Für mich als Abgeordnete eines ländlich geprägten Wahlkreises war dies eine besonders interessante Einladung. Nach einer Einleitung durch den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder ging es in der Diskussion mit hochkarätigen Gästen wie dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt und dem Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt um die Frage, wie ländliche Regionen als attraktive und eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gestärkt werden können. Welche Rolle spielen dabei die ansässigen Unternehmen und wie entscheidend ist die Präsenz gesellschaftlicher Gruppierungen vor Ort um ein Abwandern der Menschen in Ballungsräume zu verhindern? Wie können einzelne Regionen in der Konkurrenz gegen Großstädte bestehen? Diese und weitere interessante Fragen wurden in Einzelvorträgen und zwei Podien erläutert. Die vielen interessierten Besucher zeigten, wie wichtig dieses Thema ist und wir als Union nehmen diese Aufgabe ernst.

Der Blick geht nach vorne

Die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus klargestellt, dass wir alles tun, um eine Situation wie im vergangenen Jahr mit der teilweise unkontrollierten Einreise von zahlreichen Flüchtlingen künftig zu vermeiden. Dafür haben wir in der Koalition schon eine Menge auf den Weg gebracht und es wurde sowohl auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene viel erreicht, was zu einer spürbaren Reduzierung der Zahlen geführt hat:

- ◆ Wir haben das deutsche Asylrecht erheblich verschärft. Asylverfahren wurden beschleunigt, Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt.
- ◆ Wir haben den Familiennachzug für bestimmte Gruppen und Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt; es gibt inzwischen Aufnahmezentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migranten ohne Bleibeperspektive.
- ◆ Die Verfahrensabläufe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen wurden verbessert und beschleunigt.
- ◆ Wir haben die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten ausgeweitet. Die Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten führte zu einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen von dort.
- ◆ Das Ausländerrecht wurde verschärft, Hürden für die Abschiebung wurden gesenkt.
- ◆ Mit einem Integrationsgesetz setzen wir auf Fördern und Fordern. Es gibt mehr Integrationskurse. Den Städten und Kommunen helfen wir mit der Möglichkeit von Wohnsitzzuweisung, um Probleme in Ballungszentren zu vermeiden. Bislang haben allerdings nur Bayern und Baden-Württemberg davon Gebrauch gemacht.
- ◆ Die illegale Migration über die Türkei konnte vor allem dank des EU-Türkei-Abkommens weitgehend gestoppt werden.

- ◆ Wir schützen heute die EU-Außengrenzen besser als noch vor einem Jahr. Ein NATO-Marineverband unter deutscher Führung beobachtet die Bewegungen von Schleusern in der Ägäis; die Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer richtigen europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut werden.

- ◆ Deutschland gibt 2,3 Milliarden Euro, um syrischen Flüchtlingen vor Ort zu helfen und eine Perspektive zu geben.

Allein diese stichwortartige und nicht abschließende Aufzählung zeigt, dass wir schon viel unternommen haben, damit sich eine Situation wie in 2015 nicht wiederholt. Hierzu ist auch Europa gefordert. Die Länder an den EU-Außengrenzen dürfen mit der Bewältigung des Migrationsgeschehens nicht alleine gelassen werden. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen in die Pflicht nehmen lassen. Fluchtursachen müssen bekämpft werden, dazu zählt vor allem auch eine aktive Politik in Afrika.

SPD und Grüne dürfen wir nicht aus der Verantwortung lassen. Es ist unverständlich, dass SPD und Grüne im Bundesrat die Verabschiedung des vom Deutschen Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossenen Gesetzentwurfs, mit dem die Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien erweitert wurde, nach wie vor verhindern.

Da die nächsten Landtagswahlen im Saarland erst in über sechs Monaten stattfinden, haben wir ausreichend Zeit, unsere Energie auf die zahlreichen Vorhaben zu richten, die vor uns liegen: Es geht um vernünftige Lösungen bei den Rentenvorhaben, bei denen wir Fragen der Generationengerechtigkeit in Einklang bringen müssen. Das Bundesteilhabegesetz sollten wir intensiv beraten, um die Auswirkungen für die betroffenen Behinderten im Blick zu haben.

Aktuell beschäftigt sich der Vermittlungsausschuss mit der Reform der Erbschaftsteuer und bei den Bundesländer-Finanzverhandlungen werden wir als Fraktion künftig besser eingebunden. Schließlich werden wir beim Freihandel, bei den Abkommen mit Kanada und den USA, die Stimme der Vernunft sein und nicht der verlängerte Arm von SPD-Parteikonventen.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 – starkes Signal für die Infrastruktur

Ohne eine funktionstüchtige und gut ausgebaute Infrastruktur, ohne Straßen, Schienen- und Wasserwege, die ein hohes Verkehrsaufkommen bewältigen können, leidet der Produktionsstandort Deutschland. Als Land in der Mitte Europas kommt Deutschland darüber hinaus eine große Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr zu. Lieferketten zwischen Zulieferern und Hauptwerken müssen gut abgestimmt sein und die Transporte reibungslos funktionieren. Viele Menschen in Deutschland sind auf gute Verkehrswege angewiesen, wenn sie zur Arbeit pendeln.

Die unionsgeführte Bundesregierung legt mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan das stärkste Programm für die Infrastruktur vor, das es je gab. Er sieht Mittel in Höhe von 269,6 Milliarden Euro für Erhalt, Sanierung, Aus- und Neubau vor. 1.000 Baumaßnahmen werden konkret benannt. Dies ist ein klares Zeichen für den Standort Deutschland. Der neue Bundesverkehrswegeplan setzt Schwerpunkte auf die Modernisierung der wichtigen Verkehrsachsen in Deutschland, in die etwa 70 Prozent der Mittel fließen. Aber auch für den Ausbau wichtiger Verbindungen und die Entlastung von Kommunen durch Umgehungsstraßen sind ausreichende Mittel eingeplant. Besonders berücksichtigt wird, dass viele Unternehmen in unserem Land auch in ländlichen Regionen beheimatet sind und von einer guten Verkehrsanbindung abhängen.

Religionsfreiheit weltweit schützen

Abgeordnete aus der ganzen Welt waren am 14. September 2016 im Fraktionssitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu Gast. Die mehr als 100 Parlamentarier aus knapp 60 Staaten vertraten alle Weltreligionen. Afrika, aber auch Asien und Südamerika waren stark repräsentiert, zahlreiche Europäer und Nordamerikaner nahmen teil. Alle Gäste einte das unbedingte Eintreten für das Menschenrecht

auf Religionsfreiheit, das gerade für Angehörige religiöser Minderheiten von ganz besonderer Bedeutung ist.

Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnete die Internationale Parlamentarierkonferenz zur Religionsfreiheit unter großem Medieninteresse. Sie machte deutlich, dass die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht im Zentrum des Einsatzes der CDU und der CSU steht und wichtiger Teil der wertebundenen Außenpolitik der Bundesrepublik ist. Während wir auch und vor allem für bedrängte und verfolgte Christen weltweit ein-

treten, gilt dieses Recht selbstverständlich für Angehörige aller Religionen. Freiheit ist der Kernbereich dessen, was unser Land ausmacht, Toleranz bei einer Abwehr der Extreme ist unabdingbar.

Eindrucksvoll belegten die Berichte, wie Parlamentarier für die Religionsfreiheit wirken können, selbst wenn ihnen oft auch enge Grenzen gesetzt sind – sei es als Christin in Pakistan, als Jesidin im Irak oder als Muslim in Myanmar. UN-Sonderbeauftragter Dr. Shaheed mahnte an, dass sich die Staaten mit muslimischer Mehrheit dringend um die Verbesserung der

Lage der Konvertiten kümmern müssten. Beiträge des neuen Sonderbeauftragten der EU für internationale Religionsfreiheit, Ján Figel, des US-Sonderbotschafters für internationale Religionsfreiheit David Saperstein und anderer Referenten zeigten, dass unser Einsatz für ein wichtiges Menschenrecht nicht alleine steht. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es auf unseren Einsatz ankommt, dass viele auf uns bauen.

In diesem Sinne beraten wir in dieser Woche den ersten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage

Daten und Fakten

Lohnspreizung aufgehalten. Der Verdienstabstand zwischen Gering- und Besserverdienern ist zwischen 2010 und 2014 nahezu konstant geblieben. Bekamen Spitzenverdiener im Jahr 2010 noch den 3,45-fachen Bruttostundenlohn einer Person mit niedrigem Einkommen, ist dieses Verhältnis im Jahr 2014 leicht auf 3,41 gesunken. Gleichzeitig stiegen in allen Einkommensklassen die absoluten Bruttostundenlöhne – der mittlere Stundenlohn lag 2014 bei 16,65 Euro. Besonders deutlich ist der Rückgang der Lohnspreizung im Osten Deutschlands. Der Abstand zwischen Gering- und Besserverdienern sank hier im Vergleichszeitraum von 3,45 auf 3,16. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Anteil der Beschäftigten mit Niedrig- und Hochlohn. Während der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn – Erwerbstätige mit weniger als zwei Drittel des mittleren Verdienstes – seit 2010 nicht weiter gewachsen ist und im Jahr 2014 unverändert bei 20,6 Prozent lag, ist der Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit Hochlohn – mit mehr als dem Anderthalbfachen des mittleren Verdienstes – im selben Zeitraum um 0,9 Prozentpunkte auf 19 Prozent gestiegen. Auswirkungen des zum 1.1.2015 eingeführten gesetzlichen Mindestlohns können an den Ergebnissen nicht abgelesen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Stark durch berufliche Bildung. Der Übergang von der Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land. Das geht aus dem diesjährigen OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2016“ hervor. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-Durchschnitt: Im Tertiärbereich, in den etwa Hochschulen und Fachakademien fallen, beträgt die Quote der Erwerbslosen nur 2,3 Prozent (OECD-Durchschnitt: 4,9 Prozent). Auffallend niedrig ist die Erwerbslosenquote mit 4,3 Prozent insbesondere auch für Personen mit mittleren Qualifikationen (Sekundärbereich II). Diese Quote hat sich in den letzten 10 Jahren in Deutschland von 11,0 Prozent in 2005 mehr als halbiert, während sie im OECD-Durchschnitt von 6,3 Prozent auf 7,3 Prozent gestiegen ist. Die positiven Beschäftigungsergebnisse sind eng mit den Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland verknüpft. Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der 25- bis 34-Jährigen wählt diesen Weg als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Dies ist der zweithöchste Wert im OECD-Vergleich (OECD-Durchschnitt: 26 Prozent).

(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)

